Nummer 5 · 35. Jahrgang

Nürnberg, 26. Januar 1921

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Erscheint Mittwoch. — Redaktionsschluß: Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 4.— Mark durch die Post. Direkter Versand per Kreuzband 5.— Mark.

Für den Inhalt verantwortlich: Otto Trefflich, Nürnberg. — Telephon 408. Versandstelle und Redaktion: Nürnberg 10, Bayreuther Straße 46. Zahlungen: Postscheckkonto 28969, Expedition „Schuhmacher-Fachblatt" Nürnberg.

Anzeigenpreis 1.— Mark die einspaltige Petitzeile. (Nichtberufliche Anzeigen ausgeschlossen). Stellenvermittlungsanzeigen: Für Mitglieder 50 Pfennig.

Inhaltsverzeichnis: Die Lohnverhandlungen in Frankfurt a. M. — Der notwendige Lebensunterhalt. — Neueste Vorgänge. — Genossenschaftliches. — Arbeiterinnen-Rundschau. — Aus den Zahlstellen und Bezirken. — Der organisierte Arbeiter . . . — Jahresbericht der Zahlstelle Pirmasens. — Die Zahlstelle Tuttlingen im Jahre 1920. — Verbandsnachrichten. — Literarisches.

Die Lohnverhandlungen in Frankfurt a. M.

Die zentralen Lohnverhandlungen in Frankfurt am Main am 21. Januar gestalteten sich äußerst schwierig, so daß sie zum Bruch zu führen drohten. Schon mehrere Tage hatten die vier vertretenen Schuhfabrikantenverbände sich mit unseren Lohnforderungen befaßt, ohne sich aber auf ein gemeinsames Angebot einigen zu können. Der Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten zeigte das weiteste Entgegenkommen. Aber auch sein Angebot war äußerst minimal. Ein Lohnzuschlag ausschließlich für die Altersklasse von über 21 Jahren von 10 Prozent für Verheiratete und 5 Prozent für Ledige. Die beiden pfälzischen Fabrikantenvereinigungen brachten lediglich für die Verheirateten einen Lohnzuschlag von 5 Prozent in Vorschlag. Nachdem in gesonderter Beratung die Arbeiter etwa auf die Hälfte ihrer Forderungen zurückgegangen waren (sie forderten nunmehr unter Einrechnung des 10prozentigen Lohnzuschlages vom Oktober einen allgemeinen 30prozentigen Lohnzuschlag, der eine neue Lohnerhöhung von etwa 18 bis 14 Prozent ausgemacht hätte) kam nach längerem Hin und Her mit dem Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten eine Einigung auf der Basis einer Lohnerhöhung von 10 Prozent für Erwachsene und von 5 Prozent für Jugendliche zustande.

In den Betrieben des erwähnten Verbandes wird demnach zuerst mit der Lohnwoche, in welche der 1. Februar fällt, der bisherige Zuschlag zum Wochenverdienst für männliche Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von über 18 Jahren auf 20 Prozent für alle Arbeiter und Arbeiterinnen von weniger als 18 Jahren auf 15 Prozent erhöht. Dieses Zugeständnis mit dem betreffenden Fabrikantenverband war aber nur zu erreichen unter Verzichtleistung auf die übrigen, mit eingereichten Forderungen. Der Pfälzer Schuhfabrikantenverein wie auch der Fabrikantenverein „Pirminia" in Pirmasens, die wohl in der Bewilligung ein Stück mitgegangen waren, haben die Zustimmung zu dieser Abmachung noch von der Stellungnahme ihrer Mitglieder abhängig gemacht.

Am hartnäckigsten traten die Vertreter des Verbandes der Hausschuhfabrikanten auf, die nur eine Kinderzulage auf der Grundlage eines besonderen Systems zugestehen wollten. Die Form dieser vorgeschlagenen Lohnerhöhungen stieß bei den Arbeitervertretern auf stärksten Widerstand. Der Vertreter der Hausschuhfabrikanten, Herr Dr. Schick, gab zum Schlusse der Verhandlungen lediglich die Erklärung ab, daß sie nicht in der Lage seien, auch wenn sie ein Mandat hätten, zuzustimmen. Satzungsgemäß müsse es ihrerseits einer Mitgliederversammlung überlassen werden, diese Zugeständnisse daraufhin zu prüfen, ob sie für die Hausschuhindustrie annehmbar seien. Eine solche Versammlung werde bis spätestens 31. Januar Stellung nehmen.

•

Wir sind uns bewußt, daß nach den gehegten Erwartungen, die weite Kreise der Kollegenschaft in diese Verhandlungen setzten, dieses Ergebnis eine schwere Enttäuschung für die Kollegen bedeuten wird. Die Vertreter der Arbeiter kommen mit einem Resultat zurück, das in zweifacher Hinsicht sehr unbefriedigend zu nennen ist. Es ist das erste Mal seit Bestehen unseres Reichslohntarifes, daß es nicht gelungen ist, mit allen beteiligten Arbeitgeberverbänden zu einer Einigung zu kommen. Nur mit einem Fabrikantenverband zunächst ist eine Einigung zustandegekommen; die erreichten Zugeständnisse werden aber auch hier wohl kaum den auf das Bescheidenste beschränkten Hoffnungen genügen. In verschiedenen Orten und Bezirken steht die Angelegenheit auf des Messers Schneide, ob der Arbeitsfriede gewahrt werden kann; denn darüber kann in der jetzigen Situation kein Zweifel bestehen, daß ein Teil der Arbeiterschaft in der deutschen Schuhindustrie es unter keinen Umständen zulassen wird, außertariflich zu niedrigeren Lohnsätzen zu arbeiten, als wie sie für den größten Teil der Schuhindustrie Geltung haben. Die Situation ist aufs äußerste zugespitzt, die Kollegenschaft wird sich überall klar sein, worum es jetzt geht.

Daß die Verhandlungen diesmal eine gewisse Schärfe annehmen würden, war nach der Haltung, besonders des Verbandes der Hausschuhfabrikanten, vorauszusehen. Der Vorstand hatte aus diesem Grunde außer der Verhandlungskommission auch die Mitglieder des Beirats nach Frankfurt berufen, um erforderlichenfalls, je nach Lage der Situation, eine sofortige Entscheidung herbeiführen zu können. Auch die Mitglieder des Beirates sind in keiner Weise beziehungsweise von den Zugeständnissen. Sie halten fest an der Auffassung, daß es zur Jetztzeit notwendig gewesen wäre, den Zusatztarif in seinen Lohnsätzen von Grund auf einer Umarbeitung zu unterziehen. Denn in den Verhandlungen selbst mußte wiederholt festgestellt werden, daß wiederholt prozentuale Zulagen zu einer ungerecht wirkenden Verschiebung der Einzelverdienste führen, weil solche Zulagen die am weitesten im Lohn Zurückgebliebenen nicht in genügendem Maße berücksichtigen. Von seiten der Vertreter der Fabrikanten wurde aber ein Verhandeln auf der Basis einer Umarbeitung des Tarifs direkt abgelehnt, mit der Begründung, daß nicht schon wieder eine zeitraubende Lohnumrechnung in Kauf genommen werden könne. Auf Grund der Gesamtsituation und um nicht den ganzen Tarif scheitern zu lassen, hat der Beirat schweren Herzens die Abmachungen mit dem Fabrikantenverband getroffen.

Wir sind Anhänger des zentralen Tarifs und wir wissen sehr gut, daß wir in einer tarifloses Zeit wieder zu den Zuständen gelangen würden, wie vor dem Kriege, daß je nach Lage der Dinge der eine Ort im Lohne ziemlich vorwärts kommen kann, andere Orte dafür aber umso mehr zurückbleiben. Diese Tatsache, auf Grund deren die früher übliche wilde Konkurrenz der Schuhfabrikanten ohne Zweifel wieder einsetzen würde, ist auch den Vertretern der pfälzischen Schuhindustrie vor Augen geführt worden, die sehr lebhaft die Einführung von Bezirks-Lohntarifen versuchten. Mit dem Verlassen der Basis gewisser fester Lohnsätze für das ganze Reich wird auch für die Fabrikanten der Vorteil beseitigt, der im Tarifvertrage liegt. Bei Herstellung von einfacherem Schuhwerk ist die Belastung des Einzelpaares insofern geringer, als ja die Stundenleistung eine größere ist, als bei Qualitätsartikeln. Das sollten aber auch die Herren Hausschuhfabrikanten bedenken, in deren Reihen ja auch Neigung für einen besonderen Tarif besteht. So wenig wie sie die Rohstoffe billiger bekommen können, weil sie Hausschuhe herstellen, so wenig können sie erwarten, daß die Ware Arbeitskraft billiger hergegeben wird, d. h., daß ein niedrigerer Lohn für diesen Zweig angesetzt werden soll. Im Vergleich zur Stiefelindustrie geht hier die Leistung ins massenhafte, so daß bezüglich der Kosten auf das einzelne Paar genügend Ausgleich geschaffen ist, ohne vom Verdienst des Arbeiters abzuzwacken.

Das ursprüngliche Angebot der Hausschuhfabrikanten ging auf den eigenartigen Vorschlag hinaus, nur Kinderzulagen zu gewähren, für die Ledigen oder sonst kinderlosen Leute es aber bei den jetzigen Löhnen zu belassen. Die Aufbringung der Mittel für die Kinderzulagen solle durch eine Zulage von 5 Prozent auf den Verdienst aller Arbeiter aufgebracht werden. Die Summe dieser Gelder sei getrennt zu verwalten. Die Zulage an die Verheirateten aus diesem Fonds solle für jedes Kind entsprechend 20 Mark pro Woche betragen. Nach diesem System sei die Gefahr ausgeschlossen, daß die Gewährung von Kinderzulagen dazu führe, daß ältere und verheiratete Kollegen bei der Einstellung hintangesetzt würden.

Herrn Dr. Schick, der diesen Vorschlag vertrat, wurde erwidert, daß heute alle Arbeiter eine Lohnaufbesserung notwendig haben, und daß ein Stillstand in den Löhnen bei der fortgesetzten Steigerung der Teuerung sowieso schon einem Lohnabbau bedeutet. Von einem Stillstand der Preiserhöhungen kann doch nicht gesprochen werden. Und die Tatsache, daß alle Statistiken ohne Ausnahme für die letzten Monate eine verschärfte Tendenz der Teuerung nachweisen, ist doch nicht zu bestreiten.

Zu der Ablehnung dieses sogenannten sozialen Prinzips einer Kinderzulage sei hier nur gesagt, daß die Arbeiter für diese Ablehnung nur zu gute Gründe haben. Solche Pläne möchten wir als eine Art Sozialisierung des Elends bezeichnen. Wir sind die letzten, die nicht auch das Elend gerade der kinderreichen Familien kennen, aber ist damit ein solches System gerechtfertigt? Wenn dann das Elend noch größer wird, übernimmt so das Risiko dafür solidarisch das Proletariat. Die heute Geld in Hülle und Fülle haben, brauchten nichts zur Linderung des Elends beizusteuern. Man sage uns doch nicht, das sei ein soziales Prinzip. Viel richtiger und natürlicher ist, daß die Löhne so erhöht werden, daß auch der Verheiratete mit Kindern sein Auskommen hat. Und wenn dann das in etwas erhöhten Schuhpreisen zum Ausdruck kommt, dann hat die Allgemeinheit beizutragen. Auf der anderen Seite ist aber durch erhöhte Löhne auch die Kaufkraft allgemein gehoben. Wir meinen, das ist wirtschaftlich das einzig richtige Prinzip. Dabei müssen wir an der Forderung: Lohn nach Leistung unbedingt festhalten. Es würde jedenfalls doch hier und da mit gemischten Gefühlen aufgenommen, wenn ein kinderloser Familienvater, der vielleicht außerordentlich tüchtig in seinen Leistungen ist, wöchentlich 80 Mark weniger an Lohn erhalten sollte, als sein Nebenmann, der vielleicht weniger tüchtig, aber Familienvater von vier Kindern ist. Jedenfalls als Organisation müssen wir es ablehnen, für derartige Experimente die Verantwortung zu übernehmen. Uebrigens würde es noch fraglich sein, ob die fünfprozentige Lohnaufbesserung auch ausreichend sein würde, auch wirklich 20 Mark für jedes Kind in Aussicht stellen zu können. Weiter würde es wohl manche Schwierigkeiten machen, dem fortgesetzten Wechsel in der Kinderzahl der einzelnen Fabriken Kündigungen folgen; eine besondere Buchhaltung würde erforderlich sein. Die Arbeiter haben keine Ursache und kein Verlangen, darnach, sich auf solche Umständlichkeiten einzulassen.

Nach dem Ausgange der Verhandlungen liegt nun die Situation heute so, daß diejenigen Hausschuhfabrikanten, die dem Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten angehören, unter die neuen Abmachungen fallen werden. Niemand wird glauben, daß die übrigen Arbeiter in der Hausschuhindustrie Verlangen darnach haben, schlechtere oder ungünstigere Lohnbedingungen einzugehen. Der Reichslohntarif hat sich im Verlauf mehrerer Jahre gut bewährt, so daß es für die Arbeiterschaft keine andere Parole geben kann, ihn einheitlich auch weiter zur Anerkennung zu bringen. In den nächsten Tagen fällt die Entscheidung, ob dies in friedlicher Weise gelingen wird. Die Kollegen sind unterrichtet, was auf dem Spiele steht. Es liegt an den Kollegen, und Kolleginnen, falls es notwendig wird, zu beweisen, daß sie auch zu handeln verstehen, wenn das Schwerpunkt der Tätigkeit unserer Organisation in die Zahlstellen verlegt wird.

Die Verhandlungen haben gezeigt, daß die Gegensätze schärfer geworden sind und wir auf große wirtschaftliche Kämpfe uns rüsten müssen. Eine ganze Menge Forderungen und Wünsche, besonders auch aus den kleineren Zahlstellen, konnten nicht durchgesetzt werden. Andererseits wird auch jeder Verhandlungsteilnehmer die Ueberzeugung mitgenommen haben, daß auf gütlichem Wege nicht mehr zu erreichen gewesen ist. Die Kollegenschaft wird auch in Anbetracht der Situation die Stellungnahme der Organisationsinstanzen, so wollen wir hoffen, zu würdigen wissen. In den in Frage kommenden Orten gilt es nun, das Erreichte auch wirklich zur Durchführung zu bringen. Orte, an denen der Tarif nicht voll und ganz anerkannt wird, darf es nicht mehr geben. Es gab bisher noch zu viel Orte, besonders unter den kleineren, die das Errungene nicht voll ausgenutzt haben, weil sie es manchmal an dem nötigen Nachdruck haben fehlen lassen. Dadurch müssen sie aber zum Hemmschuh für die größeren Orte werden, im Lohne auch weiter vorwärtsgehen zu können. Wird überall der notwendige Nachdruck dahinter gelegt, dann wird auch der Tarif, der unsere Lohnverhältnisse nun schon jahrelang im Großen und Ganzen zur Zufriedenheit regelte, nicht nur aufrecht erhalten, sondern bei gegebener Zeit im Sinne unserer Forderungen weiter ausgestaltet werden können.

Der notwendige Lebensunterhalt.

III.

Das Existenzminimum von Mann und Frau.

Ueber diesen Gegenstand seien hier die Ausführungen von Dr. Kuczynski wiedergegeben, die dieser Wirtschaftsstatistiker anläßlich einer Polemik mit anderen Wissenschaftern kürzlich in der Presse machte. Kuczynski führte auf gewisse Einwände gegen die von ihm eingeschlagene statistische Methode insbesondere folgendes aus:

„Der Nahrungsbedarf des Menschen richtet sich vor allem nach seiner körperlichen Leistung und seinem Gewicht. Wer 70 Kilogramm wiegt und mittlere Arbeit leistet, braucht täglich rund 3000 Kalorien. Das gilt ebenso für den Mann wie für die Frau. Eine Frau, die 70 Kilogramm wiegt und schwer arbeitet, wird mehr als 3000 Kalorien brauchen, ebenso eine Frau, die über 70 Kilogramm wiegt und mittlere Arbeit leistet. Auch im täglichen Leben sind die Fälle nicht selten, in denen die Frau einen größeren Nahrungsbedarf hat als der Mann. So wird eine Wäscherin, die mit einem Schreiber verheiratet ist, wenn sie bei Kräften bleiben soll, mehr essen müssen als ihr Mann. Aber über den Ausnahmen darf man die Regel nicht vergessen, und so wäre es verfehlt, den durchschnittlichen Nahrungsbedarf der Frau ebenso hoch anzusetzen wie den des Mannes. Denn im allgemeinen hat die Frau eben doch ein geringeres Körpergewicht und leichtere Arbeit als der Mann.

Auf Grund zahlreicher physiologischer Untersuchungen ist Zunz zu dem Ergebnis gekommen, daß der durchschnittliche Nahrungsbedarf der Frau um 20 Prozent geringer ist als der des Mannes. Die gleiche Ansicht vertritt unter andern der amerikanische Physiologe Atwater. Dementsprechend habe ich in meinen Berechnungen des Existenzminimums für den Mann 3000 und für die Frau 2400 Kalorien als lebensnotwendigen Bedarf eingesetzt. Das hat mir nun heftige Angriffe eingetragen. So schreibt ein Arzt Dr. Baerting in der von Dr. Helene Stöcker herausgegebenen „Neuen Generation": „Wenn ein Laie seine subjektiven Meinungen der Oeffentlichkeit vorträgt, um seinem eigenen Geschlechte Vorteile zu sichern, so lächelt man über diese Harmlosigkeiten. Wenn aber ein Mann, der ein wissenschaftliches Amt bekleidet, das gleiche tut, so kann man das nicht mehr Harmlosigkeit nennen, weil ein Mißbrauch der Wissenschaft zu subjektiven Zwecken vorliegt." Und er schließt seinen Aufsatz mit den Worten: „In einigen Jahrzehnten schon wird man lächeln über Produkte der männlichen Herrscherjubjektivität in der Art des Herrn Kuczynski."

Wie beweist nun Baerting seine — im Widerspruch zu den Lehren der Physiologie stehende Behauptung, daß der Nahrungsbedarf für die Frau durchschnittlich ebenso groß sei wie für den Mann? Sehr einfach. Er bestreitet, daß der Mann durchschnittlich schwerer arbeite als die Frau, und er behauptet, daß, wenn die Frau jetzt durchschnittlich kleiner sei als der Mann, dies „sehr wahrscheinlich gerade erst eine Folge der geringeren Ernährung" sei. „Tacitus berichtet von den alten Germanen ausdrücklich, daß die Frauen und Männer von gleich hohem Wuchse waren. Damals waren die Theorien von dem geringeren Nahrungsbedarf der Frauen noch nicht erfunden. Erst die spätere geringere Ernährung der Frau hat ihren Wuchs hinter dem des Mannes zurückbleiben lassen." Wenn nun die deutschen Frauen vor 2000 Jahren tatsächlich ebensoviel wogen wie die Männer — Tacitus spricht nur von similis proceritas der Jünglinge und Jungfrauen — und wenn sie — was Tacitus vielleicht mit Recht für damals andeutet, Baerting aber sicher zu Unrecht von der Gegenwart behauptet — vor 2000 Jahren durchschnittlich ebensoviel körperlich leisteten wie die (auf der Bärenhaut liegenden) Männer, so müßte ich allerdings bei einer Berechnung des Existenzminimums um Christi Geburt für die deutschen Frauen dieselbe Kalorienzahl zurunde legen wie für die deutschen Männer. Meine Ansätze für das Großberlin von 1920 zu ändern, setze ich aber keine Veranlassung.

Für Wohnung, Heizung und Beleuchtung wird man zweckmäßigerweise den gleichen Bedarf für die Frau wie für den Mann ansetzen. Bei der Bekleidung wird es nicht leicht sein, das richtige Verhältnis zu treffen. Von sachkundiger Seite aufgestellte Berechnungen führen meist zu dem Ergebnis, daß der Mindestbedarf der Frau um etwa ein Drittel weniger kostet als der des Mannes. Das mag auf den ersten Blick überraschen, erklärt sich aber dadurch, daß die Frau teilweise kleinere Stücke (zum Beispiel Stiefel) braucht, daß sie leichtere Kleidung trägt, daß sie ihre Kleidungsstücke weniger abnutzt und daß sie die gut erhaltenen Reste unbrauchbar gewordener Kleidungsstücke besser wiederverwerten kann. Ich habe dementsprechend für die Frau nur zwei Drittel des Aufwandes des Mannes angesetzt. Für die Bestreitung der sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben habe ich für die Frau stets den gleichen prozentualen Aufschlag vorgenommen wie für den Mann.

Danach waren die Gesamtkosten des Existenzminimums in der Vorkriegszeit für die Frau nicht wesentlich geringer als für den Mann. In dem Halbjahr Februar-Juli 1914 betrugen die wöchentliche Ernährung: Mann 3,50 Mark, Frau 2,80 Mark; Wohnung, Heizung und Beleuchtung: beide 7,35 Mark; Bekleidung: Mann 2,50 Mark, Frau 1,65 Mark; Sonstiges: Mann 3,35 Mark, Frau 2,95 Mark; insgesamt Mann 16,70 Mark, Frau 14,75 Mark. Die Kosten des Existenzminimums der Frau blieben also nur um 12 Prozent hinter denen des Mannes zurück. Heute ist der Unterschied viel größer. In dem Halbjahr Februar-Juli 1920 betrugen die Kosten des Existenzminimums wöchentlich: Ernährung: Mann 59 Mark, Frau 35 Mark; Wohnung, Heizung und Beleuchtung: beide 29 Mark; Bekleidung: Mann 40 Mark, Frau 27 Mark; Sonstiges: Mann 34 Mark, Frau 24 Mark; insgesamt Mann 162 Mark, Frau 117 Mark. Die Kosten des Existenzminimums der Frau bleiben also nunmehr um 28 Prozent hinter denen des Mannes zurück. Die Gründe für das Anwachsen des Unterschiedes sind mannigfaltig. Zunächst spielt der Ausgabeposten, der hier für beide Geschlechter in gleicher Höhe anzusetzen war — Wohnung, Heizung und Beleuchtung — heute eine viel geringere Rolle als vor dem Kriege, während umgekehrt die Bekleidung, für die bei den Frauen durchweg um ein volles Drittel weniger gerechnet wurde

als bei den Männern, gegenwärtig einen größeren Anteil an den Kosten des Existenzminimums ausmacht als vor dem Kriege. Dann aber bewirkt die gleichmäßige Rationierung der amtlich verteilten Lebensmittel an beide Geschlechter, daß die Frauen, trotzdem ihr Nahrungsbedarf nur um 20 Prozent hinter dem Nahrungsbedarf des Mannes zurückbleibt, nur etwa halb soviel im freien Handel oder im Schleichhandel für sich zukaufen müssen. Infolgedessen waren die Kosten des Existenzminimums für Ernährung im Februar-Juli 1920 um 41 Prozent geringer für die Frauen als für die Männer, während der Unterschied im Februar-Juli 1914 entsprechend dem Unterschied in dem Kalorienbedarf nur 20 Prozent betrug.

Selbstverständlich wäre es grundverkehrt, aus der Tatsache, daß die Kosten des Existenzminimums für die Frau um 28 Prozent geringer sind als für den Mann, die Folgerung zu ziehen, der Arbeitgeber solle der Arbeiterin bei gleicher Leistung um 28 Prozent weniger Lohn zahlen als dem Arbeiter. Denn wo die Frau das gleiche leistet wie der Mann, da ist schon der eine Grund für den durchschnittlichen Minderbedarf der Frau, die leichtere Arbeit, fortgefallen. Der Gedanke aber, eine Frau trotz gleicher Leistung niedriger zu entlohnen als den Mann, weil sie weniger wiegt, wäre ebenso unsinnig wie der Gedanke, die männlichen Arbeiter bei gleicher Leistung je nach ihrem Körpergewicht verschieden entlohnen zu wollen."

•

Kalorienbedarf; Auswahl und richtige Zusammensetzung der Nährstoffe.

Der eben erwähnte Meinungsstreit soll uns hier weniger beschäftigen; er zeigt uns nur, daß bei dieser Vorsicht, mit der bei der Berechnung vorgegangen wurde, die Zahlen Kuczynskis uns tatsächlich das Minimum des Existenzbedarfs vor Augen führen. Zur Zeit des Krieges hat es ja Wissenschaftler gegeben, die glaubten betonen zu können, daß man den Kalorienbedarf des Mannes auf weniger als 3000 als ausreichend in Ansatz bringen könne.

Demgegenüber ist aber zu bemerken, daß für die Zeit vor dem Kriege vielfach der Satz von 4000 Kalorien als normal angesehen worden ist. Schon Voit, der Begründer der Ernährungstheorie, fordert 3050 Kalorien. Den Betrag von 3000 Kalorien verlangt Flügge für einen erwachsenen kräftigen Mann bei leichter Arbeit. Nach Zuntz benötigt täglich ein Kind unter einem Jahre 600 Kalorien, ein Kind von 1—2 Jahren 900 Kalorien, ein Kind von 2 bis 5 Jahren 1200 Kalorien, ein Kind von 5 bis 10 Jahren 1500 Kalorien, ein Kind von 10 bis 15 Jahren 2250 Kalorien, eine weibliche Person über 15 Jahre 2400 Kalorien, eine männliche Person über 60 Jahre Jahren 3000 Kalorien, eine männliche Person über 60 Jahren 2700 Kalorien.

Rubner unterscheidet für den arbeitenden Mann 1 Kategorie: Gruppe 1 leichte Arbeit: 2631 Kalorien; Gruppe 2 mittlere Arbeit: 3121 Kalorien; Gruppe 3 schwere Arbeit: 3659 Kalorien und Gruppe 4 Bergarbeiter: 5213 Kalorien. Von Interesse ist, daß die interalliierte wissenschaftliche Verpflegungskommission auf ihrer ersten Konferenz in Paris am 25. März 1918 den Wärmewert der erforderlichen Nahrung für einen durchschnittlich 8 Stunden täglich arbeitenden Mann von einem Mittelgewicht von 70 Kilogramm auf 3300 Kalorien mit der Maßgabe festgesetzt hat, daß eine zeitweilige Herabsetzung um 10 Prozent ohne Schaden für die Gesundheit ertragen werden könne, wobei sich dann wiederum die Zahl von 3000 ergebe. (Vergl. Denkschrift des Reichsgesundheitsamts vom Dezember 1918 über die Schädigung der deutschen Volkskraft durch die Blockade, S. 6.)

Die von Kuczynski zugrunde gelegte Zahl von 3300 Kalorien für den Mann wird man demnach als das Mindeste bezeichnen müssen, was erforderlich erscheint, um so mehr, als dabei noch gar nicht berücksichtigt ist, daß durch mehrjährige Entbehrungen der Ernährungszustand des Arbeiters ohnehin schon stark vorgeschwächt ist. Von den Lebensmitteln enthält nun z. B.:

1 Kilo Schmalz oder Öl	rund 9000 Kalorien
1 Kilo Butter oder Margarine	rund 7500 Kalorien
1 Kilo Speck, geräuchert,	rund 6000 Kalorien
1 Kilo Zucker	rund 4000 Kalorien
1 Kilo Mehl, Nährmittel, Teigwaren, Reis, Honig, fettes Fleisch,	rund 3200 Kalorien
1 Kilo Hülsenfrüchte	rund 2600 Kalorien
1 Kilo Brot, Marmelade	rund 2400 Kalorien
1 Kilo Quark, mageres Fleisch, Salzheringe	rund 1200 Kalorien
1 Kilo Kartoffeln, fr. Fische	rund 750 Kalorien
1 Liter Vollmilch	rund 650 Kalorien
1 Kilo frisches Obst	rund 500 Kalorien
1 Kilo frisches Gemüse	rund 300 Kalorien.

Nun ist es selbstverständlich nicht gleichgültig, was der Mensch zu seiner Ernährung zu sich nimmt. Die Nährstoffe dürfen nicht einseitig vertreten sein. Zu einer gedeihlichen Ernährung ist vielmehr eine richtige Mischung der Nahrungsstoffe erforderlich. Die Lebensmittel setzen sich im wesentlichen aus fünf Nährstoffgruppen zusammen und zwar: eiweißartige Körper, Kohlenhydrate, Fett, Salze und Wasser. Die einzelnen Nahrungsmittel enthalten gewöhnlich hauptsächlich nur Substanzen aus einer dieser Nährstoffgruppen. Eiweiß in Fleisch, Kohlehydrate in Kartoffeln usw. Für sich allein kann demnach ein einziges Nahrungsmittel nicht die Bedürfnisse des Körpers decken. Ein Ausgleich wird durch Mischung und durch Abwechslung mit den Nahrungsmitteln erreicht. Rationelle Zubereitung erhöht die Verdaulichkeit. Die Nährstoffe müssen also vor allem in jeder aus verschiedenen Nahrungsmitteln zusammengesetzten Kost in gewisser Menge und in gewissem Verhältnis vertreten sein, wenn der Organismus auf die Dauer gesund und leistungsfähig erhalten bleiben soll. Auch über dieses Verhältnis der Nährstoffe hat die Wissenschaft Normen aufgestellt.

Das tägliche Kostmaß des Menschen, welches genügt, den Körperbestand zu erhalten, gestaltet sich nach Alter, Geschlecht, Beschäftigung usw. verschieden. Moleschott veranschlagt das tägliche Kostmaß eines arbeitenden Mannes in der Blüte seines Lebens auf 130 Gramm Eiweiß, 84 Gramm Fett und 404 Gramm Kohlehydrate und Voit schließt aus einer größeren Anzahl von Versuchen, daß ein arbeitender Erwachsener von mittelmäßiger Kraft, neben Wasser, Salz und Genußmitteln täglich etwa 118 Gramm Eiweiß, 56 Gramm Fett und 500 Gramm Kohlehydrate bedarf. Dabei enthalten diese Zahlen das Maximum an Kohlehydraten, da ein noch größeres Quantum nicht mehr gut verdaulich ist, und das Minimum an Fett, welches wegen seines höheren Preises in der Kost des Arbeiters meist weniger vertreten ist, als in der der Wohlhabenden. Die [illegible] interalliierte wissenschaftliche Verpflegungskommission hat eine Fettquote von 75 Gramm täglich als Minimum für [illegible] angenommen.

[illegible] des wöchentlichen Ernährungsbedarfs [illegible] an diese wissenschaftlichen Ergebnisse hält sich [illegible] Professor Dr. H. Silbergleit, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, aufgenommen. Silbergleit legt für seine Berechnungen, indem er ebenfalls zu den [illegible] Nahrungsmitteln greift, eine Eiweißquote von [illegible] Gramm und eine Fettquote von [illegible] Gramm für den Tag zugrunde. Nach diesen amtlichen Ermittlungen betrugen in Berlin die Mindestkosten des Ernährungsbedarfs für eine Familie von Mann, Frau und einem 7—12jährigen Kinde 1920 [illegible] Zahlen in Mark:

Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	137.11	136.45	123.31	110.22	117.16	124.05	125.39

Mit 125 Mark stellten sich demnach die Ernährungskosten im November. Die von Kuczynski ermittelte Zahl ist höher, da dort bekanntlich eine Familie von vier Köpfen zugrunde gelegt ist. Es ist aber immer wieder hervorzuheben, daß in diesen Zahlen die unterste Basis der Lebensnotwendigkeiten verkörpert ist. Diese Zahlen lassen in ihrer bescheidenen Zusammenstellung kein Fünkchen Lebensfreude und Genuß zu. Soll die Arbeiterschaft nicht nur existenz-, sondern auch leistungsfähig bleiben, soll die Jugend nicht völlig degeneriert heranwachsen, so ist ein bedeutend größerer Aufwand für Lebensmittel erforderlich.

In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeiter in Berlin wie auch in anderen Großstädten nicht gering, die sich noch nicht einmal diesen Nahrungsaufwand leisten können. Das Unternehmertum sollte sich diese Tatsachen zur Lehre dienen lassen. Es sollte einsichtig genug sein, zu begreifen, daß das Fundament der deutschen Industrie unterhöhlt wird, wenn die Existenz der Arbeiter nicht sichergestellt wird. Die Unternehmer sollten deshalb davon absehen, jeder Lohnforderung ein kategorisches „Nein" entgegenzusetzen. Wenigstens solange von einer Verbilligung der Lebenshaltung nicht das geringste zu spüren ist, im Gegenteil alles auf eine noch weiter steigende Teuerung der Lebensmittel und des sonstigen Lebensbedarfs hinweist, müßte ein Stillstand in der Lohnerhöhung die verderblichsten Wirkungen haben.

Neueste Vorgänge.

Das Abkommen zwischen den Eisenbahnern und der Regierung ist gesichert. Obwohl sich in einzelnen Verbänden Widerspruch gegen die Unzulänglichkeit der Zulage der Regierung bemerkbar machten, haben die Organisationen doch die Annahme der Teuerungszuschläge durchzusetzen vermocht. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat das Abkommen mit 2/3 Mehrheit angenommen.

Bei den Verhandlungen bezüglich der Forderungen der Eisenbahner machte Staatssekretär Stieler bemerkenswerte Mitteilungen über die Defizitwirtschaft der Eisenbahnen und über die Mittel und Wege einer Besserung der ungesunden geldlichen Lage der Verkehrsmittel. Nach seinen Ausführungen besteht ein Ueberfluß an Beamten bei der Eisenbahn nicht. Die Ausgaben für Material usw., die um 3000 bis 4000 Prozent gestiegen sind, seien so ungeheuerlich, daß auch, wenn das rund eine Million Personen betragende Personal der Reichseisenbahnen keinen Pfennig Gehalt koste, doch immer noch ein erhebliches Defizit vorhanden sei. Augenblicklich betrage der Fehlbetrag bei den Eisenbahnen 15 Milliarden Mark jährlich, ohne Berücksichtigung der neuen Forderungen der Eisenbahnbeamten und -arbeiter. Der Tarifausschuß des Defizitausschusses sei nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß mit Ersparnissen, die hier oder dort gemacht werden könnten, an der traurigen Finanzlage der Bahnen nichts geändert werden könnte. Auf je 1 Mark Einnahmen kommen 2 Mark Ausgaben. Um die Verhältnisse zu stabilisieren, würde es also notwendig sein, die Personentarife von 450 auf 900 Prozent und die Gütertarife von 600 auf 1200 Prozent zu erhöhen.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte in einer Unterredung mit den Finanzministern der Länder, es würden etwa 15 Milliarden Mark neu aufzubringen sein. Das würde nur möglich sein durch eine Erhöhung der Gütertarife wie auch der Brief-, Telegramm- und Telephongebühren. Auch neue Steuern würden zur Deckung sorgen müssen. Im finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates ist die Junggesellensteuer angeregt worden.

Die sächsische Regierung ist bei der Reichsregierung mit Nachdruck dahin vorstellig geworden, daß die Vorlegung des in der Reichsverfassung angekündigten Gesetzentwurfes über Trennung von Kirche und Staat dringend notwendig sei. Die Länder könnten zur Vermeidung von Nachteilen nicht jahrelang auf Erledigung der gesetzlichen Forderungen warten.

In Berlin ist nun auch eine preußische Königspartei gegründet worden. Die neue Partei will selbst keine parteipolitische und parlamentarische Tätigkeit ausüben; die Propagierung des Königsgedankens, so erklären diese Parteigründer, solle den parteipolitischen Kämpfen entzogen werden. (Die Reaktion tritt immer anmaßender auf.)

Der Reichsanzeiger bringt den Erlaß des Präsidenten und des Reichskanzlers betreffend die Auflösung des Reichsministeriums für Ernährung.

Wie auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei mitgeteilt wurde, habe diese Partei der Schwerindustriellen unter ihren eingeschriebenen Mitgliedern mehr Frauen als Männer. (Die Arbeiterschaft hat noch sehr viel Ursache dazu, es diesen Kapitalisten-Parteien nachzumachen.)

Der Verband der Metallindustriellen in Leipzig beschloß, da noch in 15 Leipziger Betrieben der Metallindustrie gestreikt wird, am 18. Januar 50 Prozent der in den übrigen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer, die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes sind, auszusperren. Bekanntlich haben die Metallindustriellen den Schiedsspruch abgelehnt.

Die preußische Staatsregierung hat nach Mitteilung der „Kölner Zeitung" beschlossen, einen Antrag auf Bewilligung eines 430-Millionen-Kredits für die Ueberteuerungszuschüsse bei den Wohnungsbauten an den Landtag zu richten. Der Kredit soll voraussichtlich auf dem Wege der Anleihe eingebracht werden.

Die am 8. Oktober 1919 in Preußen vorgenommene Volkszählung ergab 37 075 240 Personen, gegen 37 660 918 am 1. August 1914 und 35 887 449 am 1. Dezember 1910. Stark ist die Verschiebung der Geschlechter: 1919 standen 17 734 568 männliche 19 340 672 weiblichen Personen gegenüber, während 1914 das Verhältnis 18 653 348 zu 19 007 570 und 1910: 17 751 848 zu 18 135 601 war. Ein Beweis, daß der Krieg ein männermordender schlimmster Art war. Von den Provinzen zeigen gegen 1914 Ostpreußen, Berlin, Pommern, Grenzmark Westpreußen-Posen eine Zunahme, alle übrigen eine mehr oder minder große Abnahme.

Wie die „Frankfurter Zeitung" schreibt, ist in Paris für die Abstimmung in Oberschlesien der 13. März in Aussicht genommen.

Die Unterkommission Ludwigshafen der Interalliierten Kommission hat unter Ablehnung jeglichen Schiedsspruches das Streikverbot für die Eisenbahner des besetzten Gebiets erlassen.

Den Blättern zufolge erstreckte sich der Poststreik auf ganz Oesterreich.

Der Streik der schwedischen Schiffsmaschinisten hat sich ausgedehnt.

Das Strafgericht in Paris fällte in dem gegen die Confédération Générale du Travail (Allg. Gewerkschaftsbund) eingeleiteten Prozeß das Urteil. Jouhaux, Laurent, Lavierre, Dumoulins, Calveyrach wurden solidarisch zu 100 Franken Buße und zur Tragung der Kosten verurteilt. Das Gericht sprach die Auflösung der CGT. aus. (Die CGT. sollte bekanntlich seine Tätigkeit über den Rahmen der gesetzmäßigen Gewerkschaftsrechte ausgedehnt haben. So operiert der Kapitalismus in Frankreich.)

Genossenschaftliches.

Zu 5½% verzinsl. Obligationsanleihe der GEG.

(Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine)

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung, Hamburg, in Volkskreisen kurz GEG genannt, besteht nunmehr 27 Jahre und hat während dieser Zeit ihres Bestehens planmäßige, fruchtbringende Arbeit dadurch geleistet, daß sie den deutschen Konsumgenossenschaften und den ihnen angeschlossenen Verbrauchern für weit über 3 Milliarden Mark Waren in einwandfreier Beschaffenheit zu angemessenen Preisen lieferte. Davon ist ein nicht geringer Teil in ihren eigenen Fabriken mit erstklassigen hygienischen Einrichtungen und unter vorbildlichen Arbeitsbedingungen hergestellt worden.

Etwa 1 Milliarde und 300 Millionen Mark wird der Umsatz der GEG im Jahre 1920 betragen, wovon allein für mehr als 180 Millionen Mark Waren in den eigenen Fabriken hergestellt wurden.

Die GEG unterhält zurzeit außer ihrer Zentrale und mehreren Lagern in Hamburg noch Niederlassungen mit eigenen Lagern in Gröba (Sachsen), Berlin, Breslau, Düsseldorf, Nürnberg und Mannheim. Weitere Niederlassungen sind in Vorbereitung für Stuttgart und Königsberg. Sie unterhält ferner 2 Seifenfabriken, 3 Zigarrenfabriken, 1 Kautabakfabrik, 1 Fabrik für Tabakfabrikate, 1 Zigarettenfabrik, 1 Teigwarenfabrik, 1 Zündholzfabrik, 1 Kistenfabrik, 1 Weberei, 1 Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik, 1 Fabrik für Möbel, Kontor- und Ladeneinrichtungen, 1 Bürstenfabrik, 1 Torfmoorausbeutung, 1 Kaffeegroßrösterei, 1 Gewürzmühle nebst einer Reihe von Veredlungsbetrieben, Bäckereien usw.

In Vorbereitung sind: die Errichtung einer Handelszentrale in Chemnitz und einer Fischindustrie in Altona mit Räucherei, Braterei und Marinieranstalt. Die Errichtung weiterer Produktionsbetriebe war zu einem wesentlichen Teile bereits vor dem Kriege geplant und soll mit aller Energie in die Wege geleitet werden, sobald die Möglichkeiten, besonders bezüglich des Bauens, gegeben sind. Die Leitung der GEG widmet ständig dem Ausbau und der Ausdehnung der Eigenproduktion ihre ganz besondere Aufmerksamkeit.

Zur Erfüllung ihrer, für die Verbraucher so ungemein wichtigen Aufgaben bedarf die GEG aber heute mehr denn je ganz bedeutender Mittel. Deshalb legt sie jetzt eine Obligationsanleihe zur Zeichnung auf, die mit 5½ Prozent im Jahr verzinst wird und die in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10 000 Mark zu haben ist.

[illegible]en Genossenschaftern und Gewerkschaftern, die dazu irgendwie ... der Lage sind, empfehlen wir dringend die Zeichnung dieser Anleihe. Sie ist eine gute und sichere Kapitalanlage. Außerdem erweist man der organisierten Verbraucherschaft und damit sich selbst den besten Dienst, wenn man den Konsumverein der Konsumvereine unterstützt, weil damit auch die für die Verbraucher so überaus wichtigen Bestrebungen seitens der GEG gefördert werden.

Gedruckte Bedingungen nebst Zeichnungsscheinen sind in den Konsumvereinen erhältlich, werden aber auf Wunsch auch direkt von der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung, Hamburg 1, Besenbinderhof 52, zugesandt. (Siehe auch heutiges Inserat).

· Arbeiterinnen-Rundschau ·

Hat die Lebensversicherung Zweck für die Arbeiterfamilie?

In vielen Fällen wird die Frage glatt verneint, während sie für den Geschäfts-, Kauf- und Handelsmann, den Handwerker oder jeden Selbständigen bejaht wird. Der Arbeiter stützt sich vielfach auf die Sozialversicherung, die in Fällen der Krankheit, Invalidität, Unfall, Alter, Arbeitslosigkeit und selbst beim Tode Unterstützung gewährt. Für die Frau ist die Wöchnerinnenunterstützung hinzugetreten. Obwohl über die niedrigen Unterstützungssätze immer gejammert und zu wenig bedacht wird, daß deren Erhöhung nur durch erhöhte Beiträge möglich ist, die auch nicht gern bezahlt werden, überlegen die wenigsten, welches Schicksal der Familie nach dem Tode des Ernährers beschieden ist. Daß nachher die bitterste Not einzieht als Ursache so vieler Verbrechen, der Prostitution usw., bedenken die meisten nicht. Und wer möchte gern absichtlich seine Angehörigen unter solchen Verhältnissen leiden sehen? Aber in Millionen Fällen treten diese Gefahren ein als Folgen von Nachlässigkeit und Unterlassungssünden der Väter. Deren Aufgabe ist es, vorzubeugen durch die Lebensversicherung. Die Animosität gegen die Lebensversicherungsgesellschaften erhöht die Gefahr. Da die Volksfürsorge die Mißstände der Privatversicherung nicht kennt, wird auch der Widerstand zahlreicher Arbeiterfamilien durch Klarlegung ihrer Einrichtungen schwinden. Ihn zu brechen, muß Aufgabe unserer Kollegen sein. Dann ist die Zweckmäßigkeit der Lebensversicherung in der Volksfürsorge bald erkannt.

Die Volksfürsorge marschiert!

Die „Volksfürsorge", die Lebensversicherungskasse der Arbeiterschaft, die 1913 mit Hilfe der Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufen worden ist, hat im verflossenen Jahre einen flotten Aufstieg zu verzeichnen. Bis Ende 1919 waren bereits 458 000 Versicherungsfälle zu verzeichnen. Im Jahre 1920 sind nun allein mehr als 250 000 neue Versicherungsanträge dazugekommen.

In den Kreisen privatkapitalistischer Versicherungsinteressenten gab es bei der Gründung der „Volksfürsorge" eine Strömung, die der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherung nur ein sehr kurzes Leben prophezeite. Sie ist somit arg getäuscht worden. Daß die Gründung der „Volksfürsorge" notwendigen Bedürfnissen entsprach, beweisen ihre Erfolge. Bei der Versicherungsmöglichkeit bis 5000 Mark läßt sich in den weitesten Kreisen mit Erfolg werben. Angesichts der jetzigen Lebenslage muß eine möglichst hohe Versicherungssumme das Ziel sein. Darauf steuert die Entwicklung auch zu, wie unsere Zahlen beweisen.

Das Ergebnis des verflossenen Jahres muß alle Gewerkschafter und Genossenschafter, die mit daran gearbeitet haben, mit Stolz erfüllen, und die in Versicherungsfragen noch gleichgültig beiseite Stehenden sollte es anspornen, aus ihrer Passivität herauszutreten und mit Hand ans Werk zu legen. In der Frage der Fürsorge für eintretende Fälle der Not, die durch Todesfälle kaum einer Arbeiterfamilie erspart werden, sind sich die denkenden und fühlenden Arbeiter aller Richtungen klar. Nur Unkenntnis steht noch abseits. Diese gilt es, weil sie riesengroß ist, mit allen Mitteln der Aufklärung zu überwinden. Die Millionen neuer Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitglieder und sozialistischer Wähler sind zu informieren und zu gewinnen für die „Volksfürsorge".

Rund 1⅓ Millionen Kinder

werden diese Ostern in Deutschland die Schule verlassen und müssen größtenteils den ersten Schritt ins öffentliche Leben wagen, ohne die genügenden Vorbereitungen dazu. Viele werden das elterliche Haus verlassen müssen. Blutenden Herzens wird manches Elternpaar, manche arme Mutter sich von ihrem Liebling trennen, ohne die gute alte Sitte, ihn von Kopf bis Fuß einzukleiden, wahrmachen zu können. Der allgemeine Warenmangel in der ganzen Welt hat für Wäsche, Kleidung und Schuhe so hohe Preise entwickeln lassen, daß kaum ein Arbeiterkind völlig in den Besitz des Nötigsten kommen wird, wenn es diesen wichtigen und entscheidenden Abschnitt seines Lebens beginnt, der nun der Schulentlassung folgt. Bange Zukunftssorgen quälen die Eltern Tag und Nacht. Was bringen die nächsten Jahre, bis das schulentlassene Kind herangewachsen, ausgebildet ist und völlig auf eigenen Füßen stehen kann? So werden in hunderterlei Variationen unseren Freunden bei der Werbearbeit diese und ähnliche Fragen gestellt, ohne immer die genügende Antwort geben zu können. Wer kennt

die Zukunft? Und doch bringen die Zeitläufte wieder einmal andere Verhältnisse. Aber ganz gleich welche, den Arbeitereltern sollte man immer wieder dringend ans Herz legen:

Könnt ihr heute euren Kindern nicht geben, was sie so nötig gebrauchen, dann helft ihnen ein wenig die Zukunft sichern. Laßt sie aufnehmen in die „Volksfürsorge". Nehmt den kleinen Beitrag auf euch, und ihr schützt sie später vor dem Schlimmsten. Die Versicherungspolice ist eines der besten Konfirmationsgeschenke mit.

Wenn so unsere Freunde an Hand der Tarife arbeiten, wird manchem schulentlassenen Kinde doch noch eine Freude bereitet sein.

Benutze man diese Gelegenheit gleichzeitig mit, den Eltern die Wichtigkeit der Konfirmandenversicherung für Kinder bis zu zwei Jahren nach unserem Tarif 4a und bei Kindern bis zu sechs Jahren nach Tarif 4 zu empfehlen. Sie werden es euch, lieben Freunde, später einmal danken. Und ihr habt ein Stück soziale Arbeit getan, die euch innere Befriedigung verschafft und gleichzeitig unserer Organisation, der Volksfürsorge, zu einem hübschen Erfolge verhelfen kann. Nutzt die Zeit vor Ostern, wo die Eltern ähnlich wie zu Weihnachten besonders empfänglich für die Kinder sind, gründlich aus. Ihr werdet euch damit selbst die allergrößte Osterfreude bereiten.

Aus den Zahlstellen und Bezirken.

Ludwig Schmidt †. In Düsseldorf starb im 67. Lebensjahre unser Kollege Ludwig Schmidt. Kollege Schmidt ist in den Kreisen der älteren Kollegen als einer derjenigen bekannt, der noch während des Sozialistengesetzes für unsere Ideen unermüdlich und eifrig wirkte. Sein Domizil war der Niederrhein, wo unsere Bewegung anfänglich bekanntlich mit besonderen Widerständen zu kämpfen hatte. Beim Auftauchen der sogenannten christlichen Gewerkschaftsbewegung stellte er für unsere Sache mutig seinen Mann. Seinen Bemühungen ist es hauptsächlich mit zu verdanken, daß die Stadt Düsseldorf als eine der ersten mit ein eigenes Gewerkschaftshaus aufweisen konnte. Schmidt trat damals an die Spitze dieses Unternehmens, welches er in kurzer Zeit zur Blüte brachte. Dieses freundliche Heim, welches einen Kulminationspunkt für die Düsseldorfer Arbeiterschaft bildet, ist für derartige Unternehmungen vorbildlich geworden. — Kollege Schmidt nahm 1900 als Delegierter an unserem Verbandstage in Magdeburg teil. Später widmete er seine Kräfte hauptsächlich der Parteibewegung. Nicht mehr im Berufe tätig, hat er aber auch der Gewerkschaftsbewegung stets sein Interesse zugewandt und ist ihr bis zuletzt treu geblieben. Er hat sich in den Kreisen der Kollegenschaft durch seine Tätigkeit und konsequente Haltung einen bleibenden Namen gemacht.

Reutlingen. Am 6. Januar fand im Lokal „Zum Fasanen" die Generalversammlung der Zahlstelle statt. Aus dem Bericht des 1. Bevollmächtigten ist hervorzuheben, daß im Laufe des verflossenen Jahres 12 Monatsversammlungen, 18 Betriebsversammlungen, 3 Lohnbewegungen der Schäftarbeiter und 2 Lohnbewegungen der Fabrikschuhmacher durchgeführt wurden. Die Wahl der Verwaltung fiel auf Kollegen Josua Bohrer, Lindenstraße 4, als 1. Bevollmächtigten und Ludwig Schäfer, Zwiefalter Hofstraße 4, als 2. Bevollmächtigten. Zum Schriftführer wurde Kollege Albert Hummel, zu Revisoren die Kollegen Albert Dommer und R. F. Dilger gewählt.

Leipzig. Am 10. Januar hielt die hiesige Zahlstelle ihre ordentliche Generalversammlung im „Volkshaus" ab. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden geht hervor, daß in den ersten Monaten die Mitgliederzahl auf fast 600 gestiegen war. Sie sank aber sofort beim Einsetzen der Wirtschaftskrise. Von dieser wurden auch die Schäftarbeiter stark in Mitleidenschaft gezogen. Es waren hier hauptsächlich die weiblichen Mitglieder der Industrie, die die Beitragszahlung, nachdem sie arbeitslos geworden waren oder verkürzt arbeiten mußten, einstellten, und deshalb ausgeschlossen wurden. Auch war ein Teil unserer Kollegen und Kolleginnen auf Grund der Demobilmachungsverordnung gezwungen, Leipzig zu verlassen. Beim Eintreten der Beitragserhöhung mußte auch wieder ein Teil Mitglieder gestrichen werden. Seit einem halben Jahre haben wir mit einer ziemlich großen Arbeitslosenziffer zu rechnen gehabt. So waren Ende November 10,4 Prozent unserer Kollegen und Kolleginnen arbeitslos. Das Jahr 1920 schließt mit einer Arbeitslosenzahl von annähernd 100 ab. Im Berichtsjahr wurden 16 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen abgehalten. Der Durchschnittsbesuch war 114. Die höchste Zahl der Besucher erreichte die Mitgliederversammlung am 26. Januar mit 280. Vorstandssitzungen wurden 13 abgehalten. Außerdem 5 Sitzungen mit der Lohnkommission, 9 Sitzungen mit den Betriebsräten und 1 mit den Arbeitern der erstklassigen Maßgeschäfte. In den Versammlungen wurden außer gewerkschaftlichen Fragen 5 Vorträge sozialpolitischen Inhalts abgehalten. Die Jahreseinnahme der Hauptkasse betrug 37 667,52 Mark; die Ausgaben 6341,90 Mark. Arbeitslosenunterstützung wurde 4870,40 Mark, Krankenunterstützung 1481,70 Mark, Streikunterstützung 238,70 Mark, Umzugsunterstützung 61,10 Mark, Sterbeunterstützung 140,— Mark gezahlt. Neue Mitglieder wurden 178 aufgenommen, übergetreten sind 30; Zugang zusammen 208. Dem steht ein Abgang von 293 entgegen. Am Schlusse des Jahres haben wir einen Mitgliederstand von 413. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde Kollege Prietzel als 1. Bevollmächtigter, Kollege Bärenreuter als 2. Bevollmächtigter wiedergewählt, als Schriftführer wurde Kollege Wilhelm Meyer neugewählt, da Kollege Kinzel abgegeben hatte. Als Revisoren wurde Kollege Munsch wieder- und die Kollegin Blinsky neugewählt. Als Kartelldelegierter Kollege Hüfner. An unsere Kollegen und Kolleginnen richten wir die Aufforderung, die Ortsverwaltung in ihrer Arbeit zu unterstützen und die Versammlungen besser als bisher zu besuchen.

Besonders machen wir hiermit auf die am 7. Februar im „Volkshaus" (Kaffee) stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam. In dieser hält Genosse Kirm den zweiten Teil seines Vortrages über „Die Gewerkschaften und ihre Bedeutung im Wirtschaftsleben". Wir ersuchen um zahlreiches und pünktliches Erscheinen, damit unnötige Störungen vermieden werden.

Kirn. In einer vollzählig besuchten Betriebsversammlung, in der sämtliche bisher noch nicht organisierten Kollegen dem Verbande beitraten, wurde Stellung genommen zur Lohnfrage. Der Betriebsobmann der hiesigen Schuhfabrik wurde beauftragt, mit der Firma in Verhandlung zu treten, wegen Durchführung des Reichslohntarifs. Insbesondere war die Firma noch mit der Zahlung des 10prozentigen Lohnaufschlages im Rückstande. Wegen dieser Frage war bereits im November der Schlichtungsausschuß Offenbach angerufen worden, welcher nunmehr zugunsten der Arbeiter entschieden hat. Die Nachzahlung des 10prozentigen Aufschlags erfolgt in den nächsten Tagen. In einer neuerlichen Aussprache hat die Firma sich bereit erklärt, den Reichslohntarif für die Folgezeit strikte einzuhalten. Durch entschlossenes Auftreten und durch die Einmütigkeit der Arbeiterschaft war es möglich, mit der Firma zu diesem Ergebnis zu gelangen, eine Lehre für alle Beschäftigten, immer fest auf dem Posten zu sein und treu zum Verbande zu stehen. — Zum 1. Bevollmächtigten der Zahlstelle wurde der Zuschneider Kollege Karl Hauz, Neuestraße 3, zum 2. Bevollmächtigten Kollege Franz Michel, Steinweg 26, und zum Schriftführer Kollege J. Blasius gewählt.

Mainz. Unsere Generalversammlung tagte am 10. Januar. Bei der Eröffnung konnte der Vorsitzende insbesondere auch unseren alten, treuen Kollegen Jakob Schäfer begrüßen, der am Samstag vorher seinen 78. Geburtstag feiern konnte. Die Ortsverwaltung hatte diesem verdienten Kollegen aus diesem Anlaß einige kleine Geschenke dargebracht. De[illegible]ende, der ihm nochmals von seiten der Anwesenden beglückwünschte, sprach den Wunsch aus, daß es dem Kollegen Schäfer noch oft vergönnt sein möge, in geistiger und körperlicher Frische in unserer Mitte zu weilen.

Im Jahresbericht, den hierauf der Vorsitzende erstattete, ging derselbe zunächst auf die Lohnbewegungen des verflossenen Jahres ein. Der Mindeststundenlohn, der sich nach den Abmachungen vom 1. November 1919 für Kolleginnen zwischen 75 Pf. und 1,76 Mark, und für Kollegen je nach dem Alter zwischen 92 Pf. und 2,28 Mark bewegte, erwies sich bald als zu niedrig. Neue Verhandlungen brachten uns dann im Januar 1920 die Teuerungszulagen, die zwischen 10—27 bzw. 13—36 Mark je nach Geschlecht und Alter, schwankten. Aber selbst nach wenigen Monaten waren auch die Lohnzulagen durch die fortschreitende Teuerung überholt, weshalb am 1. Mai nach weiteren Verhandlungen der jetzige Zusatzvertrag in Kraft trat, dessen Lohnsätze eine etwa 40—60prozentige Erhöhung brachten. Im Oktober kam wiederum ein zehnprozentiger Lohnaufschlag nach zentralen Verhandlungen hinzu, der aber nur als Ausgleich für den zehnprozentigen Steuerabzug zu betrachten ist.

Es war deshalb an der Zeit, daß unser Reichstarif gekündigt wurde und wieder Forderungen gestellt worden sind. Die rührige Tätigkeit der Zentralverwaltung im vergangenen Jahre, die zu den verschiedenen Lohnerhöhungen beigetragen hat, muß anerkannt werden. Aber auch wir in Mainz selbst haben nicht immer gewartet, bis uns durch zentrale Verhandlungen etwas gewährt wurde, uns gingen verschiedentlich die bewilligten Sätze nicht weit genug, und so haben wir gelegentlich versucht, uns selbst zu helfen.

So überreichten wir am 10. März vorigen Jahres den hiesigen Fabrikanten eine Forderung. Das Ergebnis durch Verhandlungen war eine 25prozentige Lohnerhöhung. Da wir infolge Strom- und Kohlenmangels im Januar gezwungen waren, unsere Ferien zu nehmen (um nicht aussetzen zu müssen), so traten wir im April wieder an die Fabrikanten heran und konnten erreichen, daß unsere Kollegen im Mai nochmals fünf Tage Ferien bei voller Entschädigung halten konnten.

Als der bekannte Steuerabzug kam, sind wir wieder vorstellig geworden und somit konnten unsere Kollegen diese 10 Prozent schon fünf Wochen früher als Ausgleich in Anspruch nehmen, als ein großer Teil unserer Kollegen im übrigen Deutschland. Im Oktober, als bei den zentralen Verhandlungen unsere Forderung auf Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe abgelehnt wurde, konnten wir das nicht stillschweigend hinnehmen, und sind ebenfalls wieder an die Fabrikanten herangetreten.

Der organisierte Arbeiter

zieht jeder anderen-Versicherung die von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründete

Volksfürsorge

vor, da sie in ihren Leistungen keiner der anderen Lebensversicherungen nachsteht und für sich keine besonderen Gewinne erstrebt. An jedem Platze Vertreter. An größeren Plätzen Geschäftsstellen. Eventuelle Auskunft beim Gewerkschaftskartell oder bei den Gewerkschaftszahlstellen.

Wir erreichten, daß unsere Kolleginnen und Kollegen zu Weihnachten eine Wirtschaftsbeihilfe von 50 bis über 400 Mark erhielten.

Kollegen! All das Angeführte ist nun nicht so glatt erreicht worden, als es hier geschildert wird, es hat meistens langwieriger, mitunter auch hartnäckiger Verhandlungen bedurft, um den richtigen Weg zu finden, auf dem man sich einigen konnte. Man darf wohl annehmen, daß die aufgewendete Mühe und Arbeit von der Kollegenschaft gewürdigt und anerkannt wird. Wenn man zurückdenkt an die Vorkriegszeiten und sich ins Gedächtnis zurückruft, welche hartnäckige und kostspielige Kämpfe geführt werden mußten, um eine pfennigweise Erhöhung des Lohnes — ja mitunter waren es nur Teile eines Pfennigs — zu erreichen, und wie dabei mancher Kollege zur Strecke gebracht wurde, wie viele Kollegen ihre Existenz opfern mußten, wie mancher der Kämpfer auf die schwarze Liste gesetzt wurde und dann von Ort zu Ort wandern mußte, ohne Arbeit zu finden, und wenn man nun damit das bis heute Erreichte vergleicht, so kann man wohl ohne Uebertreibung sagen, es ist ein gewaltiger Erfolg, welchen die klassenbewußte und gut disziplinierte Kollegenschaft errungen hat. Und in der Tat, wenn es uns nicht möglich gewesen wäre, bei Ausbruch der Revolution einen solchen Stamm sturmerprobter Kämpfer mit herüberzunehmen in die neue Zeit, wäre es fraglich, ob wir jetzt diese Erfolge verzeichnen könnten.

Deshalb ihr jungen Kolleginnen und Kollegen, kommt zu uns, wenn wir euch rufen. Hinein in die Versammlungen, damit, wenn ihr dereinst berufen seid, das Erbe, welches euch die älteren Kollegen hinterlassen, zu verwalten, ihr bei eurem Jahresabschluß ausrufen könnt: es ging vorwärts und aufwärts.

Im darauffolgenden Kassenbericht konnte der Kassierer, Kollege Grebner, mitteilen, daß auf Grund der letzten Weihnachtsfeier die Lokalkasse-Verhältnisse sich wieder etwas gebessert haben. Leider sei wegen der enormen Steuer auf eine solche Einnahmequelle nicht mehr zu rechnen und die Kasse nun nur auf laufende Einnahmen angewiesen. Die Kollegen wurden gebeten, weiter, wie bisher, durch regelmäßige Beitragszahlung dem Kassierer und den Unterkassierern die Arbeit zu erleichtern. Kasse, Bücher und Belege befanden sich nach dem Bericht der Revisoren in bester Ordnung und wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf erfolgte Bericht von der Bezirkskonferenz in Frankfurt, über deren Ergebnis im „Fachblatt" ja schon berichtet worden ist. An Stelle des durch die Wahl des Kollegen Kuhn zum Bezirksleiter freigewordenen Mandats für den Verbandsbeirat war unser Kollege Weymar mit vorgeschlagen worden. Aus der Diskussion auf der Bezirkskonferenz aber konnte man den Eindruck bekommen, daß die Offenbacher und Frankfurter Kollegen derartige und ähnliche Posten für sich beanspruchen, ohne Rücksicht auf die kleineren Zahlstellen. Die Wahl fiel dann auf Kollegen Fischer (Frankfurt) und auf Kollegen Weymar als Ersatzmann.

Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung wurde die bisherige Vorstandschaft wiedergewählt. Zum Schlusse der Versammlung wurde noch auf die in Mainz vom 23.—30. Januar stattfindende Kinderhilfswoche hingewiesen und darauf, daß zu diesem Zwecke von den Gewerkschaften Sammellisten in Umlauf gesetzt werden. Die Gewerkschaften haben sich vorbehalten, bei der Verteilung der Spenden mitzuwirken, rege Beteiligung bei der Sammlung sei deshalb zu empfehlen. Nachdem noch eine Einladung der Wiesbadener Kollegen zu ihrem Stiftungsfeste bekannt gegeben und zu recht zahlreicher Beteiligung aufgefordert wurde, war die Tagesordnung der Versammlung erschöpft.

Jahresbericht der Zahlstelle Pirmasens.

II.

Der außerordentliche Umfang der Außentätigkeit kam auch in dem äußerst regen Geschäftsverkehr auf dem Bureau zum Ausdruck. Posteinläufe waren 1920 insgesamt 2834 zu verzeichnen, Postausgänge 1342. Flugblätter, Handzettel und Zirkulare kamen in 26 Fällen in 42 500 Exemplaren zur Verteilung. Sitzungen waren 232 notwendig, Versammlungen 246. Die Gesamtbesucherzahl der Versammlungen betrug zusammengefaßt 20 626, darunter 3239 Teilnehmer weiblichen Geschlechts. Im Durchschnitt treffen auf eine Versammlung 71 männliche und 13 weibliche Besucher. Die geringe Beteiligung der Frauen an den Versammlungen nach dieser Berechnung resultiert daraus, daß von den Versammlungen 120 auf das Landgebiet entfallen. Dort läßt der Versammlungsbesuch durch die Kolleginnen noch zu wünschen übrig. Die Mitgliederversammlungen im Stadtgebiet waren im Durchschnitt von 300 Mitgliedern besucht. Die Bewegung im Mitgliederbestand der Zahlstelle gestaltete sich folgendermaßen:

Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1919:	männl.	6792	weibl.	3472	zus.	10264
" " " " 1. Quart. 1920:	"	7026	"	3571	"	10597
" " " " 2. " "	"	6991	"	3514	"	10505
" " " " 3. " "	"	6765	"	3305	"	10070
" " " " 4. " "	"	6515	"	3129	"	9644

Gegen den Stand des 4. Quartals vom Jahre 1919 ergibt sich also eine Abnahme von 620 Mitgliedern, davon 277 männliche und 343 weibliche. In Wirklichkeit liegt aber ein größerer Verlust nicht vor, da durch Gründung einer selbständigen Zahlstelle die Absonderung eines Teils der Pirmasenser Mitglieder eintrat. Tatsächlich hat im Jahre 1920 ein guter Zustrom an Mitgliedern aus den bisher Gleichgültigen zum Verbande eingesetzt und kann der Mitgliederstand als befriedigend bezeichnet werden. Die Verhältnisse haben auch ein gut Teil Mitglieder zur Abreise gezwungen. Der stabile Stand der Organisation gibt auch der finanziellen Seite ihr Gepräge. Die Bilanz der Hauptkasse schließt mit 912 313,34 Mark, die der Lokalkasse mit 178 387,72 Mark ab.

Der Vermögensausweis weist in der Lokalkasse 8178,89, im Streikfonds 132 743,59, in der Sterbekasse 72 720,73, mithin zusammen 213 643,21 Mark aus.

An Unterstützungen wurden ausbezahlt: Arbeitslosenunterstützung 227 003,62, Krankenunterstützung 21 229,99, Wöchnerinnenunterstützung 1870,—, Reiseunterstützung 13,80, Sterbeunterstützung 1265,—, Notfallunterstützung 50.—, demnach aus der Hauptkasse zusammen 253 008,06 Mark. Aus dem Streikfonds wurde geleistet: Zuschuß bei Streiks 102,—, für gemaßregelte Kollegen 1076,40, in Summa 1178,40 Mark.

Die Sterbeunterstützungen aus der Sterbekasse beliefen sich auf 7570 Mark, demnach wurden insgesamt an verschiedenen Unterstützungsarten ausbezahlt 261 756,46 Mark.

Die Arbeitslosenstatistik stößt noch auf manche Schwierigkeiten. Ueber den wirklichen Stand und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit können ganz genaue Feststellungen nicht getroffen werden, da die meisten Arbeitslosen bei der Ortskrankenkasse gewöhnlich nicht abgemeldet waren, und sich auch beim Arbeitsamt nicht restlos anmeldeten. Besonders über die Zahl der Arbeitslosen vom Land konnte nichts Genaues festgestellt werden. Die Zahl der beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen betrug: im Januar 649, Februar 386, März 299, April 465, Mai 2343, Juni 8774, Juli 5731, August 6539, September 5357, Oktober 3404, November 3326, Dezember 2170. Beim Verband betrug die Zahl der Unterstützten, die Zahl der Unterstützungstage und die ausbezahlte Unterstützung 1920 im

1. Quartal	an	68	Mitglieder	für	922	Tage	Mk.	2154.40
2. "	"	3417	"	"	63510	"	"	187 548.92
3. "	"	2395	"	"	34427	"	"	78 165.25
4. "	"	318	"	"	4137	"	"	14 118.05
	zus.	6198	Mitglieder		105996	Tage	Mk.	226 976.62

Am 1. Jan. 1921 waren arbeitslos gemeldet: 620 männl. und 240 weibl. Mitglieder. Während der Geschäftsstockung im Sommer 1920 zeigt die Zahl der unterstützten Arbeitslosen folgende Entwicklung. Es waren zu verzeichnen im Mai 429 männl. und 68 weibl., Juni 2347 männl. und 853 weibl., Juli 2497 männl. und 530 weibl., August 189 männl. und 81 weibl., September 43 männl. und 27 weibl. arbeitslose Mitglieder. Am 1. Oktober waren bereits wieder unterstützte und nichtunterstützte Arbeitslose zu verzeichnen: 1248 männliche und 786 weibliche. Am 1. Januar waren es noch 620 männliche und 240 weibliche Mitglieder.

Eine Umfrage über die Zahl der Betriebe und der darin beschäftigten Arbeiter im Monat November ergab folgendes Bild: Schuhfabriken 318 mit 12 594 Arbeitern und 2866 Heimarbeitern; Ausputzereien 36 mit 384 Arbeitern; Hinterkappenfabriken 5 mit 40 Arbeitern; Absatzfabriken 16 mit 114 Arbeitern; Besatzfabriken 9 mit 27 Arbeitern. Da Schaftarbeiter hier nicht in Frage kommen, Heimarbeiter aber in großer Zahl, sind die Heimarbeiter mit einbezogen. Die Angaben beziehen sich ausschließlich auf Pirmasens-Stadt. Am 1. April wurden am Orte 509 Betriebe gezählt. Am 25. Nov. waren davon 360 wieder in Beschäftigung, 70 lagen noch still, das sind zusammen 430, die restlichen 79 Betriebe waren Zwergbetriebe, in denen der „Fabrikant" allein oder mit Familienmitgliedern arbeitete, die nun eingegangen sind. Das ganze Gebiet Pirmasens-Land mußte hier in der Erfassung ausscheiden, da dieses dem Arbeitsamt nicht untersteht und wir nur mit dessen Hilfe die Feststellungen machen konnten. Eine solche Auskunftsstelle steht uns bei Pirmasens-Land nicht zur Verfügung und auf anderem Wege können wir, bei der großen Ausdehnung der Orte mit Eigenbetrieben und der Indolenz der Vertrauensmänner auf dem Land, die Erfassung nicht durchführen. Beschäftigt waren am 1. April 1920 in Pirmasens-Stadt 14 978 und im Landbezirk 1810 Arbeiter und Arbeiterinnen. A. L.

Die Zahlstelle Tuttlingen im Jahre 1920.

I.

Das verflossene Geschäftsjahr ist gekennzeichnet durch die Lage der ökonomischen Machtverhältnisse, die sich aus einem viereinhalbjährigen verlorenen Krieg und dem sich daraus resultierten Versailler Machtfrieden ergeben hat. Trotz aller Anstrengungen, wirtschaftlich wie politischer Art, war es unmöglich, einigermaßen stabile Verhältnisse zu schaffen. Diese Unsicherheit in allen Wirtschaftszweigen, das Auf- und Abgleiten der Valuta, das stete Schwanken und sprungweise Emporschnellen der Preise aller Rohprodukte und die dadurch bedingte Unmöglichkeit der Unternehmer, geschäftlich sicher disponieren zu können, die Sabotage der Großkapitalisten und nicht zuletzt das ewige Hasten und Jagen nach Geld und Profit, welches das größte Verbrechertum in Deutschland, die Schieber und Wucherer, erstehen ließ, brachte es mit sich, daß die werktätige Bevölkerung am meisten unter dieser wirtschaftlichen Anarchie zu leiden hatte.

Es bedurfte aller Anstrengungen seitens der Gewerkschaften, um für ihre Mitglieder einigermaßen einen Ausgleich zu schaffen und den materiellen Halt unter den Füßen nicht ganz zu verlieren.

Doch nicht im Entferntesten hielt die Steigerung der Löhne mit den Preisen der notwendigsten Lebens- und Bedarfsartikel gleichen Schritt, so daß es oft den Anschein hatte, als müßte die Kollegenschaft unter der Last und dem Druck der Verhältnisse zusammenbrechen. Angesichts dieser Verhältnisse, der fortgesetzten Preissteigerung der wichtigsten Lebens- und Bedarfsgegenstände war schon am Beginn des Jahres eine Lohnerhöhung unbedingt erforderlich. Die durch die zentralen Verhandlungen im Januar erreichte Teuerungszulage entsprach einer Lohnerhöhung

von 9 bis 32 Mark pro Woche, je nach der Altersklasse. Jedoch darf nicht außer acht gelassen werden, daß die damaligen Löhne von 2,90 Mark pro Stunde für einen über 21jährigen Arbeiter keineswegs dazu angetan waren, auch nur den notdürftigsten Lebensunterhalt zu bestreiten. Wie wenig die Teuerungszulage vom Januar ausreichend war, um den damaligen Verhältnissen Rechnung zu tragen, geht daraus hervor, daß bereits im April erneut zentrale Verhandlungen sich notwendig machten. Bei diesen Verhandlungen kam ein Zusatzvertrag zum RTV. zustande, der die Löhne neu regelte. Die Teuerungszulagen kamen in Wegfall bzw. wurden in den Lohn mit eingerechnet. Der Lohn erhöhte sich von 3,58 Mark für einen über 21jährigen Arbeiter einschließlich der Teuerungszulage auf 4,80 Mark, das heißt um 39 Prozent. Eine weitere Erhöhung der Stundenlöhne fand dann im Oktober statt, und zwar um 10 Prozent für alle Arbeiter, als Ausgleich für den 10prozentigen Steuerabzug. Die Steigerung der Lebenskosten ist, im Prozentverhältnis ausgedrückt, bedeutend höher und hat durch die Lohnerhöhungen somit keinen Ausgleich gefunden. Aus diesen Gründen war das Drängen der Kollegenschaft, eine weitere Lohnaufbesserung zu erstreben und aus diesem Grunde den Reichslohntarif zum 1. Februar 1921 zu kündigen, nur zu verständlich. Es wird diesethalb erwartet, daß bei den Verhandlungen, die im Laufe dieses Monats stattfinden werden, ein Resultat erzielt wird, das den derzeitigen Verhältnissen Rechnung trägt.

Infolge des Aufschwungs, den unser Verband auch am hiesigen Orte zu verzeichnen hatte, hatten sich im Vorjahre schon die Verwaltungsgeschäfte derart angehäuft, daß es dem derzeitigen Sekretär Kollegen Schwald, kaum möglich war, dieselben zu bewältigen, deshalb machte sich zu Beginn des Geschäftsjahres durch die veränderte Wirtschaftslage, Aufhebung der Lederzwangswirtschaft, Vermehrung der Betriebe am Orte, weitere Ausdehnung der Organisation und nicht zuletzt die Wahl und die Zusammenfassung und Schulung der Betriebsräte die Anstellung eines weiteren Sekretärs notwendig.

Verbands-Nachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 23. bis 30. Januar der 5. Wochenbeitrag fällig ist.

Genehmigung von Extrabeiträgen.

Vom Zentralvorstand wurden gemäß § 6 Abs. 1 des Statuts folgende Extrabeiträge in der nachfolgend angegebenen Höhe genehmigt:

Zahlstelle:	Beginn	Wöchentl. Extrabeitrag in Pfennig				Gesamtbeitrag pro Woche in Mark			
		1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.	1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.
Greiz	1. Jan.	25	25	25	25	3.75	3.00	2.25	1.25
Schötmar i. Lippe	1. „	10	10	10	10	3.60	2.85	2.10	1.10
Calau	1. Febr.	10	10	10	10	3.00	2.85	2.10	1.10
Münster	1. Jan.	20	20	20	20	3.70	2.95	2.20	1.20
Peine	1. „	10	10	10	—	3.60	2.85	2.10	1.00
Solingen	1. „	30	30	30	30	3.80	3.05	2.30	1.30
Prenzlau	1. „	10	10	10	10	3.60	2.85	2.10	1.10

Nürnberg, den 23 Januar 1921. **Der Vorstand.**

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen.

Strausberg. 1. Bevollmächtigter Karl Bergemann, Wilhelmstraße 8; 2. Bevollmächtigter Aug. Rauchstädt, Wriezener Straße 13. Unterstützungsauszahlung: Sonnabends nachmittags von 4—6 Uhr. — Sprechstunden: Wochentags von 5—6 Uhr. — Zuschriften sind an den 1. Bevollmächtigten zu richten. Mitgliederversammlungen jeden zweiten Montag im Monat.

Bielefeld. 1. Bevollmächtigter Gustav Behle, Wittekindstr. 39, 2. Bevollmächtigter Gustav Biermann, Feldstraße 16. Bureau: Heeperstraße 52; Geschäftszeit Dienstag und Donnerstag von 5 bis 6 Uhr; Sonnabends von 1 bis 2 Uhr. Reiseunterstützung in der Wohnung des 2 Bevollmächtigten von 5 bis 6 Uhr nachmittags. Vereinslokal: „Eisenhütte", Marktstraße 8.

Konstanz. 1. Bevollmächtigter Johann Dreher, Heugasse 88, 2. Bevollmächtigter Jakob Walter, Sigismundgasse 11. Unterstützung wird dortselbst nachmittags von 12 bis halb 2 Uhr ausbezahlt.

Ohlau. 1. Bevollmächtigter Ernst Scholz, Wiesenstraße 1, 2. Bevollmächtigter Johann Ulbrich, Gartenst. 29. Unterstützungen zahlt der 2. Bevollmächtigte vormittags von 12 bis 1 Uhr und nachmittags von 6 bis 7 Uhr aus.

Bremen. 1. Bevollmächtigter H. Westermann, Falkenbergerstraße 69,I, Geschäftsführer P. Hochheim, Calvinstraße 13. Reiseunterstützung wird vom Geschäftsführer ausgezahlt von 6 bis 7 Uhr Alle übrigen Unterstützungen nur Montags von 6 bis 7 Uhr.

Versammlungs-Kalender.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik kommt es für die Ortsverwaltungen vor allem darauf an, die **Zeit des Versammlungsbeginns** und die **Adresse des Versammlungslokals** anzugeben. Sind die Versammlungen für das ganze Jahr einheitlich auf einen bestimmten Monatstermin festgelegt, so erübrigt sich jedesmalige Meldung; es genügt in solchen Fällen einmalige Benachrichtigung.)

Die Mitglieder werden ersucht, jede Versammlung pünktlich zu besuchen.

Mitgliederversammlungen finden statt:

Freitag, 28. Januar:
Leisnig, abends 8 Uhr, im Lokal „Neue Sorge", **Brösenergasse 2.**

Samstag, 29. Januar:
Aschaffenburg, mittags 12 Uhr, im Lokal „Badischer **Hof**", **Erdalstraße.**

Sonntag, 30. Januar:
Hirschberg, vormittags 9 Uhr, im Gasthof zum **Hochstein, Markt 23.**

Montag, 31. Januar:
Gera, abends halb 8 Uhr, im Lokal Rich. Michel, Greizer Straße.
Konstanz, abends halb 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Helvetia".
Oschatz, abends halb 8 Uhr, im Lokal „Garküche", Breite Straße.
Weißenfels, abends 7 Uhr, im Volkshaus (Stadttheater), Merseburger Str.

Dienstag, 1. Februar:
Allenstein, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten", **Jägerstraße.**
Durlach, abends, im **Gasthaus** zum Schwanen.
Frankfurt a. M., abends, im Gewerkschaftshaus (Schaftarbeiter).

Mittwoch, 2. Februar:
Emden, abends 8 Uhr, bei Garrels (Klubhaus).
Frickenhausen, abends, im Lokal zum „Lamm".
Schneverdingen, abends, im Lokal von Heinrich Loose.
Spandau, abends, bei Neu, Neumeisterstraße 6 (**Diskutierabend**).

Freitag, 4. Februar:
Reutlingen, nach Geschäftsschluß im Gewerkschaftshaus (**Fabrik- u. Schaftarb.**)

Samstag, 5. Februar:
Eggenfelden, nachmittag 2 Uhr, im Gasthaus Moser, **Stadtplatz.**
Lugau, abends 7 Uhr, in Schwabe's Restaurant.

Sonntag, 6. Februar:
Mittweida, nachmittags 3 Uhr, im „Rosengarten", Scherbenstraße.

Montag, 7. Februar:
Bremen, abends pkt. halb 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", **Faulenstraße 60.**
Bremerhaven, abends, im Verkehrslokal.
Dortmund, abends 8 Uhr, bei Wilh. Wolf, Ostwallstraße 17.
Freiburg i. Br., abends 8 Uhr, im Lokal „Stadt Sedan", **Moltkestraße.**
Fürstenwalde, abends, im Lokal „Wilhelmshöhe", Gartenstraße.
Gießen, abends, im Verkehrslokal.
Glatz, abends 7 Uhr, im Lokal „Bürgerliches Brauhaus", **Baderbergstraße.**
Gleiwitz, abends 7 Uhr, im „Freischütz", Bahnhofstraße 16.
Görlitz, abends, im Restaurant „Union", Langenstraße.
Guben, abends 7 Uhr, in der „Reichshalle".
Hannover, abends, im Verkehrslokal.
Hartha, abends 8 Uhr, im „Forsthaus".
Kiel, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9.
Liegnitz, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 4.
Mainz, abends, im „Goldenen Pflug", Pfandhausgasse (Schaftarbeiter).
Meldorf, abends 8 Uhr, in der „Zentralherberge", Süderstraße.
Nienburg, abends 7 Uhr, im Lokal Haenkel, Hintere Straße.
Sebnitz, abends 6 Uhr, im „Gewerkschaftsheim", Zimmer 3.
Straubing, abends, im Verkehrslokal.
Waldheim, abends, im „Schweizertal".
Zwickau, nachmittags 3 Uhr, im Brauerschlößchen, **Schloßstraße 5.**
Zwönitz, abends 8 Uhr, im Gasthof zum Roß.

Dienstag, 8. Februar:
Kirn a. d. N., Betriebsversammlung.
Lübeck, abends halb 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, **Johannesstraße 50.**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher u. v. B. Deutschlands (Ersatzkasse) zu Hamburg.

Bekanntmachungen des Hauptkassiers.

Gelder gingen ein vom 29. Dez. 1920 bis 15. Jan. 1921: Hamburg 500.—, Leonberg 500.—, Pegau 500.—, Erfurt-Nord 450.—, Schwenningen 150.—, Cassel 1000.—, Bockenheim 400.—, Harburg 500.—, Kaiserslautern 1000.—, Freystadt 200.—, Bürgel 400.—, Neukölln 600.—, Pressed 2000.—, Fürth 800.—, München 8000.—, Freiburg 600.—, Meppen 100.—, Königsberg 800.—, Roßwein 800.—, Stolp 785.—, Lübeck 500.—, Mühlheim 800.—, Göttingen 175.—, Nortorf 200.—, Ditzingen 200.—, Oppeln 250.—, Lahr 800.—, Braunschweig 1000.—, Schweinfurt 800.—, Reutlingen 1000.—, Stuttgart 500.—, Hebelfingen 200.—, Ulm 450.—, Colditz 100.—, Weilderstadt 70.—, Oels 205.76, Elmshorn 400.—, Wandsbek 295.75, Leipzig 300.—, Augsburg 8000.—, Eßlingen 180.—, Nürnberg 2000.—, Osnabrück 500.—, Tuttlingen 1500.—, Leisnig 850.—, Strausberg 800.—, Cöln 500.—, Pforzheim 1000.—, Herzogenaurach 1000.—, Witten 200.—, Aachen 500.—, Kempten 500.—, Zuffenhausen 100.—, Neustadt 400.—, Kandel 200.—, Marbach 200.—, Ehrenfriedersdorf 50.—, Bonn 250.—, Dresden 500.—, Charlottenburg 1000.—, Neuruppin 200.—, Barmstedt 500.—, Zwönitz 162.—, Regensburg 500.— M. Summe 87 646.86 M.

Zuschuß erhielten: Memmingen 1000.—, *Wandsbek 268.75, Gotha 500.—, *Essen 92.40, *Würzburg 12.—, *Halle 7.—, *Herzogenaurach 412.—, Rüstringen 500.—, Annweiler 800.—, Moorburg 300.— M. Summe 3 887.16 M. (Die mit * versehenen sind eingegangene Rechnungen).

Hamburg, 15. Januar 1921. **H. Ebel, Hauptkassier.**

Literarisches.

Der kleine Samariter. Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breitestr. 8. Preis 1,50 Mark. Das Schriftchen behandelt zirka 100 Krankheitsfälle verschiedenster Art und wird manches zur Heilung oder Linderung von Krankheiten beitragen.

Betriebsräteschule
Schriftliche Lehrkurse in praktischer Anordnung. Gleichzeitig Nachschlage- und Auskunftswerk. Keine besonderen Vorkenntnisse erforderlich. Verlangen Sie ausführlichen Prospekt von der Parteibuchhandlung.

Schwedische Messer
Fabrik E. A. Bergs. Eskilstuna.
Unübertroffene Qualität.
Marke Haifisch.
Schuhmachermesser, gerade oder gebogen, 15, 17, 22, 24 mm breit pro Stück Mk. 6.50
Zuschneidemesser, von 6 mm an pro Stück Mk. 6.25
Versand gegen Nachnahme.
Ferner großes Lager in Spezialwerkzeugen und Brenngeräten für feinste Maßarbeiten.
Preisliste gratis und franko.
Eug. Vögtle, Berlin N. 54, Lothringer Straße 82.

H. Franke's Lehrbücher in neuest. Auflage u. die dazu gehörig. Hilfswerkzeuge kommen durch den H. Franke, Fachversand Uriera 8.
Man verlange ausführl. Prospekt.

Teilschuldverschreibungen
der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg
Jederzeit erhältlich in Stücken zu 500, 1000, 5000 u. 10000 Mark
Verzinsung im Jahr
5½%
Gedruckte Bedingungen sind in allen Konsumvereinen zu haben oder abzufordern bei der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m.b.H., Hamburg 1, Besenbinderhof 52

Gesucht ein tüchtiger
Schuhmacher
für ein meisterloses Geschäft.
Derselbe muß Schäfte anfertigen, Leisten richten, sowie in sämtl. orthopädischen Arbeiten bewandert sein. Das Geschäft befindet sich in einer größeren Stadt Süddeutschlands. Gefl. Off. u. Nr. 200 an das „Schuhmacher-Fachblatt".

Suche sofort zu kaufen
1 Lederstanze, kleinen Motor
sowie
Stanzeisen.
Die Sachen können gebraucht, müssen aber gut erhalten sein. Offerten unter B 601 an die Annoncen-Expedition
Gustav Wehrmann, Hannover, Baumbachstraße 3.

Die herzlichsten Glückwünsche
unserem 2. Vorsitzenden J. Binkelbein nebst seiner lieben Braut zu ihrer am 29. Januar 1921 stattfindenden grünen Hochzeit wünschen
Die Kollegen der Zahlstelle Ludwigshafen.

Bezirk II, Württemberg, Baden und Hohenzollern.

Auf Grund des Beschlusses der Bezirkskonferenz vom 18. Juli 1920 hat die Bezirksverwaltung beschlossen, auf **Sonntag, 13. März, vorm. 9 Uhr,** im **Gewerkschaftshaus Stuttgart,** Eßlingerstraße 19, Saal 12 a (1. Stock) eine

Frauen-Konferenz

für die **Mitglieder unseres Verbandes** einzuberufen.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:
1. **Die Frau in Politik und Wirtschaft.**
2. **Die Frau in den Gewerkschaften.**
3. **Agitation und Anträge.**

Die Wahlen der Delegierten zu dieser **Konferenz** sind nach den Bestimmungen des § 12, Ziffer 8, Abs. 3 des Statuts **vorzunehmen,** jedoch dürfen **nur Kolleginnen** gewählt werden.

Anträge sind bis spätestens 6. März an die Bezirksleitung einzureichen. Die Namen der gewählten Kolleginnen sind ebenfalls bis 6. März mitzuteilen. Mandat und Mitgliedsbuch sind auf die Konferenz mitzubringen.

Näheres durch Rundschreiben.

Die Bezirksleitung.
J. A.: Ph. **Mittwich,** Stuttgart, **Nekarstraße 198.**

Wer sucht?
Bezugsquellen für
Stanzabfälle
laufend jedes Quantum lieferbar, schöner beschnittener Stanz mit viel Kern, sauber sortiert, mit Mk. 4.— per Pfd. — Proben von 9 Kg. per Nachnahme, von 25 Kg. ab per Eilgutnachnahme.
D. Potok, Leder en gros
Karlsruhe i. Bad.

Tüchtiger Einstecher
von Schuhfabrik Nähe Frankfurt a. M. gesucht. Offerten unter F. Z. N. 693 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Geschäftsstelle Weißenfels a. S.

Montag, den 31. Januar, abends punkt 7 Uhr, im **„Volkshaus"** (Stadttheater)

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. **Abrechnung vom 4. Quartal 1920.**
2. **Berichterstattung über das verflossene Geschäftsjahr.**
3. **Neuwahl der Ortsverwaltung.**
4. **Berichterstattung über die Lohnverhandlungen in Frankfurt a. M.**
5. **Verschiedenes.**

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder erwartet

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Zahlstelle Nürnberg-Fürth.

Montag, den 7. Februar, abends 7 Uhr, im **„Bürgersaal"**, Schonerstraße

Jahres-Versammlung.

Tagesordnung: **1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Festsetzung des Lokalbeitrages. 4. Anträge.**

Hierzu ergeht freundliche Einladung. **Die Ortsverwaltung.**

NB. Anträge sind bis 4. Februar an die Geschäftsstelle, Jahnstraße 14, einzureichen.

Vorzugs-Angebot
für Mitglieder des „Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands".
Die echt indigoblauen
Arbeits-Schürzen
welche von jedem Schuhmacher getragen werden, liefert in **prima Qualität** zu Vorzugspreisen an obige Mitglieder.
A. C. Volz, Arbeitsschürzen-Fabrikation
Stuttgart, Moltkestraße 77, Telephon 2355.
Verlangen Sie Musterschürze!

Nachruf.

Am Samstag, den 8. Januar, starb unser Kollege

Ludwig Schmidt.

Mit ihm ist ein Kollege dahingegangen, der ein Menschenalter unserer Organisation angehörte. 31 Jahre war er Mitglied unseres Verbandes und hat sich in dieser Zeit das Vertrauen und die Achtung der hies. Kollegen erworben. Wir rufen ihm ein letztes Ruhe sanft zu.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Düsseldorf.

Druck: „Sozialdemokrat" G. m. b. H. Nürnberg. Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (J. Simon) Nürnberg, Essenweinstraße 1.